

Forum Menschenrechte



Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Tel. 030-4202 1771
kontakt@forum-menschenrechte.de

Berlin 25. März 2011

P R E S S E E R K L Ä R U N G

UN Menschenrechtsrat stellt Iran unter Beobachtung Neues Ländermandat verabschiedet

Mit einer Mehrheit von 22:7 bei 14 Enthaltungen hat der UN-Menschenrechtsrat gestern entschieden, einen Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte im Iran einzusetzen. Der Entscheidung kommt besondere Bedeutung zu, nicht nur wegen des Iran. Es ist das erste Mal in der jüngeren Geschichte des Rates (seit 2006), dass ein neues Ländermandat eingerichtet werden konnte.

Die Resolution wurde von mehreren Staaten aus unterschiedlichen Kontinenten zur Entscheidung vorgelegt: ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Panama, Sambia, Schweden, USA. Die Unterstützer der Resolution, darunter auch Brasilien und Thailand verbinden damit die Hoffnung, dass mit diesem Signal aus Genf den Menschen im Iran der Rücken gestärkt wird, sich in ihrem Land weiter für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einzusetzen.

“Natürlich wird die teilweise tödliche Bedrohung für Journalisten, Menschenrechtsverteidiger, dissidente Frauen und Angehörige religiöser Minderheiten nicht sofort aufhören,” blickte Theodor Rathgeber vom Forum Menschenrechte voraus. Im jüngsten Bericht des UN Generalsekretärs zur Lage der Menschenrechte im Iran, in dieser Woche dem Rat zur Beratung vorgelegt (A/HRC/16/75), stehen jedoch einige Empfehlungen, die der Iran bei seinem rhetorisch vorgetragenen, guten Willen sofort umsetzen könnte; so Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen, ethnischen und religiösen Minderheiten, oder eine unabhängige Untersuchung der vielzähligen Folttervorwürfe und das sofortige Beenden dieser Praxis.

Ebenso könnten nun deutlich mehr Länder unter Verweis auf die amtliche Einschätzung der Vereinten Nationen die Regierung der Islamischen Republik Iran zur Umsetzung ihrer eigenen Offerten anmahnen. Seit dem Jahr 2005 hat der Iran eine offene Einladung an alle Mandatsträger der UN-Sonderverfahren ausgesprochen, ohne je eine Anfrage solcher Mandatsträger auch nur beantwortet zu haben. Anfang des Jahres 2011 kam eine Einladung an die UN Hochkommissarin für Menschenrechte hinzu, über deren konkrete Umsetzung ebenfalls mehr als nur ein Fragezeichen schwebt.

Ein großer Teil der Überzeugungsarbeit ist der US-Delegation zuzuschreiben, die lange vor dem Sitzungstermin des Menschenrechtsrates im März 2011 mit intensiven diplomatischen Demarchen wesentlich zur Unterstützung der Resolution aus mehreren Regionen beigetragen haben. A propos Ländermandate: Mit 30 Ja- und 3 Nein-Stimmen wurde ebenso das Ländermandat zu Nordkorea bestätigt.

Kontakt: Dr. Theodor Rathgeber, +41-79-4711224